

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/141  
26. Juli 1973

Lebensqualität auch auf dem Arbeitsplatz

Neue Initiativen für Mindestanforderungen  
werden vorbereitet

Von Helmut Rohde MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Die Wehrpflichtigen und der Wehrsold

Eine aktuelle und unumgängliche Klarstellung

Seite 3 / 39 Zeilen

Chiles Demokratie nicht im Stich lassen !

Entwicklungspolitik darf kein Knüppel für  
unsere Partner werden

Von Hans Matthöfer MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bun-  
desminister für wirtschaftliche Zusammen-  
arbeit

Seite 4 und 5 / 71 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der CDU-Abgeordnete Reddemann und die DDR

Seite 6 / 40 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Lebensqualität auch auf dem Arbeitsplatz

Neue Initiativen für Mindestanforderung werden vorbereitet

Von Helmut Rohde MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im  
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Lebensqualität und Umweltschutz haben in der Skala der sozialen Werte in den letzten Jahren einen hohen Rang für die Menschen erhalten. Ihr Bewußtsein für den Zustand der Städte und Landschaften, für die gesundheitlichen Gefahren von Smog und Streß ist kritischer geworden. Nun kann sich allerdings der Umweltschutz nicht allein auf die Freizeitbereiche konzentrieren, auf saubere Luft, Wasser und Wälder. Für die Arbeitnehmer beginnt die Frage nach der Umwelt frühmorgens, wenn ihr Arbeitstag beginnt; sie verbringen mehr als ein Drittel ihres Tages am Arbeitsplatz. Wie dieser Arbeitsplatz beschaffen ist und wie seine soziale Umwelt aussieht, das ist ein wichtiger Ausweis der Lebensqualität.

Dieser Gedanke findet sich auch im neuen Betriebsverfassungsgesetz. Es schreibt vor, daß Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung nach den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit zu entwickeln sind.

Es gibt zwar seit Jahren Festlegungen über die Anforderungen an Arbeitsplätze und Arbeitsstätten für einige besonders gefährliche Tätigkeiten. Für die Mehrzahl der Arbeitsplätze existieren aber keine verbindlichen Normen über Mindestanforderungen an die Arbeitsumgebung des Menschen. Eine Reihe unverbindlicher Regelungen und Richtlinien, die sich zum Teil auch noch widersprechen, ist in der Praxis nicht viel mehr als ein Hinweis für Planung und Organisation von Arbeitsstätten. Fragen des Raumbedarfs für den Menschen bei der Arbeit, der Raumlüftung oder Klimatisierung, der Beleuchtung oder der Raumtemperatur, von Erholungsräumen, Sitzgelegenheiten oder

sanitären Anlagen sind zumeist dem vielzitierten freien Spiel der Kräfte überlassen - sei es zwischen Unternehmen und Behörden oder zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Die Unzulänglichkeiten kommen in der täglichen Praxis zutage: unzureichende Toiletten oder Waschgelegenheiten, negative Auswirkungen der Arbeitsplatzgestaltung, alte Vorschriften, die inhaltlich überholt sind bzw. in der Praxis überhaupt keine Rolle gespielt haben, wie etwa die Vorschrift über Sitzgelegenheiten in Verkaufsstellen aus dem Jahre 1901.

Häufig wird die Einrichtung von Arbeitsstätten allein unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens von Arbeitsablauf und Arbeitsorganisation gesehen. Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sind zwar vorhanden; aber ihre Anwendung ist in der Praxis häufig mangelhaft. Das gleiche gilt für die Ergonomie, die sich mit der Anpassung der Arbeit und der Technik an den Menschen befaßt. Diese Wissenschaft finden wir in allen Industriestaaten der Welt. Die Aufgabe der Zukunft ist es, die Verbindung zwischen Wissenschaft und Notwendigkeiten des betrieblichen Alltags herzustellen.

Für die Ausgestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsstätten sind daher verbindliche Normen erforderlich, um den Menschen eine bessere und gesündere Arbeitsumgebung zu schaffen. Dazu hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Vorarbeiten eingeleitet. Zur Zeit wird eine Verordnung vorbereitet, die für Arbeitsstätten aller Art die Mindestanforderungen aus menschengerechter Gestaltung der Arbeit und Hygiene festlegen soll. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß der Entwurf dieser Regelung im Herbst diesen Jahres zur Diskussion gestellt werden soll, um ihn sobald wie möglich in Kraft zu setzen. Gleichzeitig wird in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem Bundesforschungsministerium unter Minister Prof. Dr. Horst Ehmke die Forschung auf diesem Feld intensiviert.

Diese Bemühungen sind ein Schritt auf dem Wege zu dem wichtigen gesellschaftspolitischen Ziel, mehr Lebensqualität auch am Arbeitsplatz zu entwickeln. (-/26.7.1973/ks/ae)

## Die Wehrpflichtigen und der Wehrsold

### ----- Eine aktuelle und unumgängliche Klarstellung

Aus einer Boulevard-Zeitung, die in keiner Kantine der Bundeswehr fehlt, erfuhren die Soldaten, daß ihr Minister dasselbe wünscht wie sie: eine möglichst baldige Anhebung des Wehrsoldes für die Wehrpflichtigen. Bundesverteidigungsminister Georg Leber mußte aber zugleich Wasser in den Wein schütten. Der Verteidigungshaushalt des laufenden Jahres 1973 erlaubt es nicht, den heutigen Wehrsold auf DM 4,50 am Tag auch nur um einen Pfennig aufzustocken. In welchen Kategorien hier gedacht werden muß, zeigt dieses Rechenexempel: Wenn den rund 230.000 Wehrpflichtigen auch nur eine einzige Mark an jedem der 365 Tage des Jahres mehr gezahlt werden soll, muß der Bund rund 84 Millionen DM für seine jüngsten Staatsdiener ansetzen.

Es ist kein Zweifel, daß Georg Leber, der in dieser Frage der Unterstützung vom Bundeswehrverband e.V. bis zum DGB sicher sein kann, alles daran setzen wird, den jungen Wehrpflichtigen diesen Bonus zu geben, sobald Haushaltslage und Parlament dies ermöglichen. Ebenso sicher aber wird dabei nicht vergessen werden dürfen, daß er es nicht zulassen kann und wird, daß eine Erhöhung des Wehrsoldes zu Lasten der Qualität von Waffen und Gerät in den Streitkräften geht.

Die Wehrsolddiskussion gibt aber auch Veranlassung, an einen sehr wesentlichen Gesichtspunkt zu erinnern. Der Wehrsold ist kein Gehalt. Er wird nicht in Tarifverhandlungen ausgehandelt und unterliegt keinesfalls der anderswo üblichen jährlichen Steigerung. So bitter es für manchen jungen Wehrpflichtigen klingen mag: Der Wehrsold darf auch nicht ausschließlich im Zusammenhang mit steigenden Preisen betrachtet und festgelegt werden. Erinnert werden muß in diesem Zusammenhang auch daran, daß die Bundesregierung erhebliche Verbesserungen der jedem Wehrpflichtigen und seiner Familie zustehenden Unterhaltssicherung durchgesetzt hat.

Die Wehrpflichtigen leisten ihren Wehrdienst, und geben wie andere Bürger, sei es in Form von Steuern, sei es als Dienstleistung, dem Staate, was des Staates ist. Der Wehrsold ist nicht mehr als ein vom Staat gewährter Bonus zur Befriedigung der persönlichen und dienstlichen Bedürfnisse der wehrpflichtigen Soldaten. In diesem Sinne leisten sie ihren Dienst "umsonst". Daß der Wehrdienst wichtig und notwendig ist und im Interesse aller Bürger geleistet werden muß, faßt der Wahlspruch der NATO in einem Satz zusammen: "Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit".

(ah/26.7.1973/sg/ee)

+ + +

Chiles Demokratie nicht im Stich lassen !

Entwicklungspolitik darf kein Knüppel für unsere Partner werden

Von Hans Matthöfer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Opposition ist offensichtlich dabei, einen der letzten Grundsätze aufzugeben, in denen sie bisher nicht nur mit der Bundesregierung, sondern auch mit der internationalen Diskussion einen Rest an Übereinstimmung behalten hatte. Bislang waren wir uns nämlich mit der Opposition einig, jedenfalls mit ihren offiziellen Sprechern zur Entwicklungspolitik, daß jedes Entwicklungsland seinen eigenen Weg zur Überwindung der Rückständigkeit finden müsse.

Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer, den man bisher noch niemals gehört hat, wenn es galt, gegen Folter und Diktatur in Lateinamerika zu protestieren, hielt es am Wochenende für angebracht, die Bundesregierung wegen eines geplanten Entwicklungskredits für Chile zu kritisieren, weil "eine direkte Unterstützung der Gesellschaftspolitik sozialistischer Länder politisch nicht vertretbar" sei. Er hat sich am Schluß seiner Polemik sogar eine ganz neue Pointe ausgedacht: "Für sozialistische Experimente in der Dritten Welt ist die DDR zuständig." D.h., die Bundesrepublik solle im demokratischen Chile das Feld der DDR überlassen. Die Absurdität des Vorschlages ergibt sich sofort, wenn man diesen Gedanken konsequent zu Ende denkt.

Chile ist nicht erst neuerdings in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage: Präsident Allende hat ein hohes Maß an Auslandsschulden von seinen christdemokratischen Vorgängern übernommen, die internationale Kreditblockade, die vorübergehenden Produktionsverluste infolge der Landesreform und der am Weltmarkt lange Zeit tief notierte Kupferpreis verschlimmerten die Situation. Als schließlich die Kupferbergleute von El Teniente streikten,

konnte Chiles Regierung vom wieder steigenden Kupferpreis kaum profitieren. Sie setzte sich bei ihrem Widerstand gegen inflationistische Preiserhöhungen eben auf demokratische Weise mit diesem Ausstand auseinander und rief nicht, wie es wohl manche andere Administration in jenem Teil der Welt getan hätte, nach Militär und Geheimpolizei.

Wenn es nach dem Sprecher der CDU/CSU ginge, müßte die Bundesrepublik Deutschland also gerade den Staat im Stich lassen, in dem genau das getan wird, was die Vereinten Nationen in ihrem Dokument zur Zweiten Entwicklungsdekade für richtig halten und worauf auch unsere entwicklungspolitische Konzeption zielt: Auf demokratischem Weg wird in Chile Schritt für Schritt unter äußerst schwierigen Bedingungen versucht, entwicklungshemmende Strukturen zu beseitigen und das Leben der unteren Bevölkerungsschichten zu verbessern.

Wenn dieses von Demokraten getragene Experiment schiefgeht, dann wird es, darin sind sich ernstzunehmende Kenner Lateinamerikas einig, auf diesem Subkontinent kaum noch überzeugungskräftige Argumente gegenüber den Kräften geben, die den Umsturz mit Gewalt suchen und alles Heil im Bürgerkrieg und im bewaffneten Aufstand sehen. Das wissen auch alle demokratischen Kräfte gerade in Chile sehr gut. Christdemokratische Politiker, Allendes innenpolitische Gegner, haben mir gegenüber vor einigen Wochen wiederholt, was der frühere chilenische Präsident Eduardo Frei vor einem Jahr Erhard Eppler sagte: Die Opposition wünscht, daß die traditionelle deutsch-chilenische Freundschaft bestehen bleibt, und daß die Bundesrepublik ihre Entwicklungshilfe nicht einstellt. Das gleiche sagten mir bei meinem letzten Besuch in Santiago auch hohe Vertreter der katholischen Kirche. Wir werden schließlich auch nach 1976 gute Beziehungen zu allen chilenischen Demokraten haben.

Lange Zeit waren wir uns einig mit jenen Vertretern der CDU, die sich mit Entwicklungspolitik gründlicher befaßt haben: Entwicklungspolitik darf kein Knüppel sein, mit dem wir uns zur Durchsetzung kurzsichtiger ideologischer oder anderer Interessen in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates einmischen. (Daß so mancher Vertreter des Wirtschaftsrates der CDU anderer Meinung ist und glaubt, wir sollten per Entwicklungshilfe die deutsche Kapitalausfuhr profitabler machen und privatkapitalistische Modelle in die Dritte Welt exportieren, das steht auf einem anderen Blatt.) Die CDU/CSU täte gut daran, die seltsamen Vorschläge ihres Sprechers Todenhöfer schnell zu begraben. Sie würden nur dazu führen, daß die deutsche Opposition noch stärker als bisher in die internationale Isolation gerät und, was für sie vielleicht noch schlimmer wäre, in die Lächerlichkeit dazu.

(-/26.7.1973/ks/sg/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der CDU-Abgeordnete Reddemann und die DDR

Der CDU-Bundestagsabg. Gerhard Reddemann, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, hat auf den SPD-Pressedienst-Artikel "Für mich ist die DDR nicht deutsch" (25. Juli 1973) in einer CDU/CSU-Fraktionspresseerklärung mit dem Hinweis geantwortet, dass der dem Pressedienst-Artikel zugrundeliegende Satz aus dem Zusammenhang gerissen worden wäre. Der SPD-Dienst hätte zusammenfassend zitiert: "Für mich ist die sogenannte DDR weder deutsch noch demokratisch noch eine Republik". Der betr. Absatz in dem Deutschlandfunk-Interview Reddemanns hat folgenden Wortlaut (Sendezeit: 22. Juli 1973 ab 11 Uhr 30 im "Interview der Woche"):

"Deutschlandfunk": Im September fährt eine Delegation des Deutschen Bundestages auch mit CDU-Vertretern nach Moskau: Würden Sie in einer entsprechenden Delegation nach Ostberlin fahren?

Gerhard Reddemann: Nein. Hier muss man eines in aller Ruhe betrachten. Ich bin zwar der Auffassung, dass man überall versuchen muss, etwa in der Sowjetunion oder in anderen Staaten des Ostblocks, auch dann, wenn man nicht mit Parlamentariern spricht, unsere Vorstellungen vorzutragen. Aber die Mitglieder des Obersten Sowjets beispielsweise sind ja Mitglieder des entsprechenden politischen Apparates. Es ist ein Unterschied, ob ich mit denen spreche oder mit Vertretern der Satellitenparteien, die sich als CDU oder als liberale Partei bezeichnen; wenn - und das sage ich ganz offen - könnte ich allenfalls mir vorstellen, dass ich in Ostberlin mit Vertretern der SED reden würde, nämlich mit den tatsächlichen Machthabern, die das Mandat der Sowjetunion haben, diese sogenannte DDR - Entschuldigung, wenn ich immer noch diesen Begriff gebrauche, denn für mich ist sie weder deutsch noch demokratisch noch eine Republik - diese sogenannte DDR zu verwalten."

Herr Reddemann meinte in seiner Antwort, es wäre bei ausführlicher Zitierung seiner Ausführungen eindeutig geworden, daß er die DDR als eine sowjetische Konstruktion ansehe, nicht aber als einen Staat aus dem Willen der Deutschen.

Der SPD-Pressedienst hat deshalb heute den ganzen Wortlaut des betr. Absatzes des Reddemann-Interviews veröffentlicht. Der SPD-Pressedienst kann nicht erkennen, daß durch diesen Hinweis des Herrn Reddemann etwas an dem Tatbestand geändert würde, der dem Pressedienst-Artikel zu Grunde lag. Nach Herrn Reddemanns eigener und eindeutiger Interview-Aussage muß es also dabei bleiben, daß für ihn die DDR nicht deutsch ist. (-/26.7.1973/kd/ee)